

Kein Feminismus ohne Religion!

VON RICHARD OTTINGER

Die vierzehnjährige Maira Shahbaz aus Pakistan wurde entführt, gefoltert und vergewaltigt. Mit Videoaufnahmen der Taten zwangen ihre Peiniger sie zur Aufgabe ihres katholischen Glaubens, zur Konversion und Heirat mit einem der Vergewaltiger. Die Polizei und ein Gericht entschieden zugunsten der Täter und schickten sie zu diesen zurück. Maira und ihre Familie konnten fliehen und halten sich seitdem versteckt. Diese grauenhaften Geschehnisse sind kein Einzelfall, sondern Teil eines wachsenden Trends: Weltweit nehmen die Angriffe auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu. Muslime und Christen sind in Indien gewaltsamen Übergriffen ausgesetzt, Atheisten werden in vielen islamischen Ländern für geisteskrank erklärt und in Lateinamerika leiden indigene Religionsgruppen unter Einschüchterungsversuchen. Von diesen Menschenrechtsverletzungen sind besonders Frauen und junge Mädchen betroffen. Organisationen wie „Open Doors“ oder die päpstliche Stiftung „Kirche in Not“ berichten seit langem von Entführungen, sexueller Versklavung und Zwangskonversionen, vor allem von Frauen. Trotzdem scheint das Thema für die aktuelle Bundesregierung unter der Führung von Olaf Scholz keines zu sein, auch wenn dieser über sich selbst sagt: „Ich bezeichne mich ganz bewusst als Feminist – schon seit Jahrzehnten.“

Ohne Religionsfreiheit gibt es keine Frauenrechte

Diese Nichtbeachtung ist deshalb überraschend, weil die Ampelregierung sich einer „Feministischen Außenpolitik“ verschrieben hat. Sie verkündet, „den Genderblick in den Köpfen verankern“ (Annalena Baerbock) zu wollen, blendet dabei aber die Überschneidung und Gleichzeitigkeit der Verletzungen von Religionsfreiheit und Frauenrechten aus. Besonders Christen muss das Thema am Herzen liegen: Die Erklärung über die Religionsfreiheit des Zweiten Vatikanischen Konzils verpflichtet diese, sich für Religionsfreiheit einzusetzen. Daher sind alle Christen, die, – nebenbei bemerkt – zur weltweit am meisten verfolgten Gruppe gehören, explizit aufgefordert, Druck auf die Bundesregierung auszuüben und diese zu einem Kurswechsel ihres religionsblinden Feminismus zu bewegen: Erstens müssen politische Entscheidungsträger Religionsfreiheit verstärkt als Querschnittsthema verstehen. Zweitens kann das Nachwuchsproblem von Kämpfern für Religionsfreiheit nur durch aktive Werbung um eben jene kommenden Generationen gelöst werden. Drittens braucht Religionsfreiheit eine andere institutionelle Gewichtung: Zwar wurde das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religions- und Weltanschauungsfreiheit neu besetzt, diesem fehlt aber eine adäquate personale und monetäre Ausstattung. Nur wenn diese Punkte umgesetzt werden, kann die weltweite Menschenrechtskatastrophe eingedämmt und Verbrechen, wie sie Maira erlebte, verhindert werden. Es wird Zeit für die aktuelle Bundesregierung zu verstehen: Ohne Religionsfreiheit sind Frauenrechte nicht zu haben.



Der Autor verantwortet bei der Konrad-Adenauer-Stiftung den Themenbereich „Internationaler Religionsdialog“.